

Herr Bürgermeister, Herr Kämmerer, meine sehr geehrten Damen und Herren,

In der Haushaltsrede im Jahr 2005, in dem Jahr also, in dem die Finanzen unserer Stadt völlig destabilisiert waren, und wir ein Defizit von 3. Mio. € am Ende des Jahres übrigbehielten, war mein damaliger Ausblick, dass das seinerzeit vom Rat angedachte Konzept zur Verbesserung der städtischen Finanzen das Budget der Stadt Lüdinghausen allein nicht retten könne. Voraussetzung sei viel mehr, dass in Bund und Land sich die politischen und damit letztlich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern müssten. Das heißt, dass Zuversicht und Wachstum und damit Arbeit zurückkehrten.

In der Haushaltsrede 2006 war für mich bestimmend, dass die Konsolidierung des Haushalts die erste und mittelfristig andauernde Aufgabe der Fiskalpolitik der Stadt sei. Es sei zu überlegen, ob nicht eine Konsolidierungsberatung notwendig werde. Zudem dürfe die Entscheidung über die Realisierung der Sportanlage *Seppenrade* nicht dazu führen, dass mittelfristig, insbesondere der Haushalt für die Jahre 2007 und 2008 nicht mehr zu handhaben sei. Hierbei sei auch zu beachten, dass eine Lösung für den Reiterverein in das Gesamtpaket der Neugestaltung der Sportplatzgeländes gehörten.

Gemessen an den Hoffnungen und Forderungen dieser beiden Jahre können wir heute sagen, dass die Haushaltssituation sich deutlich

verbessert hat. Wir können hoffen, dass wir die städtischen Finanzen auf Dauer ordnen können. Wie ist es hierzu gekommen?

Erstens: Der Haushalt profitiert von der besseren wirtschaftlichen Gesamtsituation. Diese sehr erfreuliche Entwicklung hat diverse Gründe:

Die Wirtschaft hat sicherlich die Voraussetzungen hierfür geschaffen worden, indem die Unternehmen sich restrukturiert und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert haben. Dazu haben aber auch die Arbeitnehmer, aber auch alle Einkommensbezieher und Empfänger von öffentlichen Transferleistungen beigetragen. Alle haben durch die Hinnahme von geringeren finanziellen Leistungen dazu beigetragen, dass in der Wirtschaft die Kostensituation verbessert werden konnte. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben hierbei ihren Beitrag geleistet und damit eine nicht weiter ansteigenden Belastung der öffentlichen Haushalte mitgetragen. Hierzu gehören auch die Bemühungen der öffentlichen Hand, den öffentlichen Finanzbedarf zu verringern. Wir beteiligen uns ja auch nachhaltig an diesem Prozess.

Sicherlich sind auch Wirkungen aus der Anwendung der SGB II (Hartz IV) – Regelungen festzustellen, die zu einer besseren Vermittlung und zu einer Einschränkung des Leistungsbezuges geführt haben.

Letztlich hat sicherlich der Regierungswechsel in NRW dem größten Bundesland und vor allem der Wechsel im Bund durch die große

Koalition dazu geführt, dass die Unternehmen wieder vertrauen in die Zukunft gefasst haben.

Im Ergebnis haben die verbesserten wirtschaftlichen Verhältnisse dazu geführt, dass die Steuereinnahmen der Stadt sich verbessert haben, so dass der Kämmerer für dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen konnte. Dies ist bereits von allen Fraktionen bei den Beratungen des Etats gewürdigt worden.

Diese Entwicklung, also der Ausgleich des Haushalts, ist aber auch nur möglich geworden, weil der Rat außerdem eine Reihe von Sparmaßnahmen beschlossen hat, die der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede summiert und die ich kursorisch noch einmal in Erinnerung bringen will:

Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Steuerhebesätze der

Grundsteuer A, der Grundsteuer B und der Gewerbesteuern

Mehreinnahmen Hundesteuern

Mehreinnahmen Vergnügungssteuern

Mehreinnahmen Parkgebühren

Einführung Zweitwohnungssteuer

Nutzungsgebühren Hallenbad

Mietkostenerstattung Turnhalle

Personalkostensenkung seit 2005

Einsparungen bei den Schülerbeförderungskosten

Einsparungen bei den Lichtabsenkungen

Darüber hinaus wurden weitere zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, die zur Ausgabensenkung bzw. zu Einnahmeverbesserung beitragen

wie etwa die Reduzierung der Taktfrequenzen im TaxiBus als auch seit Beginn dieses Jahres nunmehr kostenneutral gefahrene Nachtbusbetrieb.

Alle diese Maßnahmen waren nicht einfach zu beschließen und zu vermitteln. Sie machen jedoch deutlich, welche Kraftanstrengung insgesamt erforderlich ist, um die Haushaltskonsolidierung zu Ende zu bringen.

Aber trotz verbesserter Rahmenbedingungen und Wirkungen der bereits getroffenen diversen Einsparungen wissen wir auch, dass die Wurzel des finanziellen Übels das strukturelle Defizit des Verwaltungshaushalts noch nicht beseitigt ist. Die von der Gemeindeprüfungsanstalt festgestellte Größenordnung von rd. 2 Mio. Euro macht die noch zu bewältigende Dimension der andauernden Aufgabe deutlich.

Zweitens: Alle Fraktionen einschließlich des Bürgermeisters können froh darüber sein, dass wir die Kraft gefunden haben, die notwendige Haushaltskonsolidierung mit der Beauftragung der Gemeindeprüfungsanstalt zu beginnen. Hierbei ist herauszustellen, dass durch den ernsthafte Willen, gemeinsam die nicht einfachen Entscheidungen zu beraten, zu beschließen und sie vor der Bürgerschaft zu vertreten, alle Fraktionen in besonderer Weise ihrer Verantwortung gerecht werden. Erfolg können wir nur gemeinsam haben. Wenn wir uns nicht einigen können, wird der Wert und Erfolg der Haushaltskonsolidierung deutlich geringer sein.

Die GPA hat bei ihrer Prüfung die besondere Standortqualität des Mittelzentrums Lüdinghausen herausgehoben. Ihr werden wir in Zukunft nur gerecht, wenn wir den schwierigen Weg weiter gemeinsam gehen gesunde Finanzen wiederherzustellen. Wir können unsere schöne Stadt nur in ihrer Qualität erhalten, wenn wir unsere Finanzen ordnen. Die Erarbeitung eines Konsolidierungskonzeptes in der Lenkungsgruppe, das den Fraktionen und dem Rat zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt werden wird, ist daher weiterhin die erste Priorität der zukünftigen kommunalen Arbeit. Sie erübrigt es aber im heutigen Zusammenhang, Ausführungen zu den Strukturen im Haushalt und ihren möglichen Veränderungen zu machen. Diese werden wir noch hinreichend im Konsolidierungsprozess zu diskutieren haben.

Nun zum vorliegenden Haushaltsentwurf: Es ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Beratungen über den Entwurf des Kämmerers in diesem Jahr überwiegend **einvernehmlich** verlaufen sind. Dies ist ein beachtlicher Sachverhalt, der die Richtigkeit des Budgetvorschlags indiziert. Er rechtfertigt es auch, nur in aller Kürze das Zahlenwerk zu kommentieren.

Von besonderer Bedeutung im Haushalt sind 3 Punkte, die **vorweg** herausgestellt werden sollen.

Mit der zur Verfügungstellung von über 1 Millionen Euro zur Erweiterung der Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich sowie der Schaf-

fung von weiterem Schulraum am St. Antonius Gymnasiums werden die äußeren Rahmenbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler sich weiter verbessern. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Fortentwicklung an der Ostwallgrundschule, der Mariengrundschule und dem städtischen Gymnasium und damit des **Schulstandortes** Lüdinghausen.

Eine besondere Bedeutung hat der Beginn des Baus des **Sportgeländes** in **Seppenrade**, der das sportliche Leben auf eine neue Basis stellen wird. Trotz der äußerst schwierigen Haushaltslage, in der wir uns – nach wie vor – befinden, werden in diesem Jahr über 500.000 Euro in die neue Sportanlage investiert. Der 2. Bauabschnitt ist für das nächste Jahr vorgesehen. In diesen beiden Jahren ist das Investitionsvolumen von rund 2,5 Millionen Euro allein für die neue Sportanlage aufzubringen. Hinzu kommt die Subvention, die die Stadt für den Reiterverein aufbringen muss. Dies sind beachtliche Anstrengungen, die nur im Hinblick auf die städtebaulichen Konsequenzen vertretbar sind. Denn, wie wir alle wissen wird neben der sportlichen Förderung die Ortslage Seppenrade durch die neuen Baugebiete eine deutliche Erweiterung erfahren, die nicht mit den Einrichtungen des Sportplatzes und des Reitervereins belastet sind. Die städtebauliche Neuausrichtung an dieser Stelle in Seppenrade hat den Rat bewogen, diesen Weg zu gehen. Die jungen Familien, die hier zukünftig bauen können, werden in den Genuss der Entwicklung kommen.

Eine besondere Bedeutung kommt als Drittes der wirtschaftlichen **Entwicklung östlich und westlich der Konrad-Adenauer-Straße** z.

Hier wird durch die Schaffung einer unmittelbarer fußläufige Anbindung der Vorhaben Bruno Kleine und Edeka an die Altstadt der neue Handelsschwerpunkt mit der Innenstadt verbunden. Insbesondere kann hier mit den neu zu schaffenden Parkplätzen die Attraktivität der Innenstadt weiter gesteigert werden. An diesem Beispiel zeigt sich erneut, dass die intensive, aber vor allem nachhaltige Förderung der Wirtschaft durch den Bürgermeister seine Früchte trägt. Ich erinnere nur daran, welch langer Atem erforderlich war, um diese Ziele durchzusetzen. Die Vitalität unserer Stadt wird durch die kontinuierliche Unterstützung des Handels und der gewerblichen Wirtschaft gesichert. Die vielen Aktivitäten im Lüdinghausen Marketing, aber auch im kulturellen Bereich sind ein entscheidende Pluspunkte unserer Stadt. Auch wenn die eine oder andere Maßnahme umstritten ist. Das Gesamtmosaik ist entscheidend. Hierzu haben wir mit der Entwicklung an der Konrad-Adenauer-Straße einen weiteren wichtigen Stein hinzugefügt.

Nun zum Haushalt: Der Bürgermeister hat bei seiner Einbringung des Haushalts bereits darauf hingewiesen, dass der Fehlbetrag aus dem Jahr 2005 in Höhe von 3.088.000 Euro im Verwaltungshaushalt in der Ausgabe veranschlagt werden musste, so dass der Ausgleich in diesem Jahr 2007 nur gelingen konnte, da im Haushaltsjahr 2006 ein Überschuss erwirtschaftet worden ist, der der allgemeinen Rücklage zugeführt werden konnte. Die Veranschlagung der Entnahme dieser Rücklage in 2007 hat den Haushaltsausgleich planerisch ermöglicht.

Der Betrag, den der Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes in diesem Jahr zuführen muss, beläuft sich auf rd. 3.127.000 Euro.

Die Summe ist wiederum sehr hoch. Berücksichtigt man jedoch, dass in dem Betrag der Fehlbetrag des Jahres 2005 in Höhe von 3.088.000 Euro enthalten ist, beträgt der strukturelle Fehlbedarf des Jahres 2007 lediglich um die 60.000 Euro.

Der **Vermögenshaushalt** wird wie in den Jahren zuvor – und dies ist der Grund der Haushaltskonsolidierung – durch die Zuführung zum Verwaltungshaushalt geschwächt. Sie setzt sich zum überwiegenden Teil wieder aus Grundverkaufserlösen, einem Anteil aus der allgemeinen Rücklage und aus dem Veräußerungserlös der noch verbliebenen RWE-Aktien zusammen. Um diesen Zuführungsbetrag verringert sich das Investitionsvolumen des Vermögenshaushaltes. Dieser seit Jahren andauernde Zustand muss beendet werden.

Auf eine weitere Erhöhung der **Realsteuerhebesätze** hat der Rat vorab verzichtet, obwohl die GPA Nordrhein-Westfalen bei ihrer derzeit stattfindenden Prüfung eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze um 10 Punkte bereits für dieses Haushaltsjahr vorgeschlagen hat. Die Fraktionen habe eine Entscheidung in den Gesamtzusammenhang des Konsolidierungspaketes verschoben. Dieses Vorgehen ist sicherlich auch im Hinblick auf die Mehrbelastung der Bürgerschaft durch die Erhöhung der Abwassergebühren richtig gewesen.

Die Abfall-, Friedhofs-, Wasserverbands- und Straßenreinigungsgebühren sind durch den Rat jeweils kostendeckend angepasst worden. Wobei ich nur vorsorglich darauf verweise, dass die Gemeindeprüfungsanstalt uns deutlich darauf aufmerksam gemacht hat, dass die kostendeckenden Gebührenhaushalte unabdingbar sind, um die öffentlichen Einrichtungen zu erhalten.

Der **Vermögenshaushalt** käme trotz Vermögensveräußerungen nicht ohne erhebliche **Kreditaufnahmen** aus, solange man auf eine Eigenkapitalentnahme aus dem Abwasserwerk verzichtet. Der Bürgermeister hat in seinem Entwurf eine Kreditaufnahme in 2007 in Höhe von 1.480.000 Euro vorgeschlagen. Diese Kreditaufnahme konnte durch den überzeugenden Beschluss des Rates, der letztlich auf die Beratung durch die Gemeindeprüfungsanstalt zurückgeht, deutlich gesenkt werden. Der Rat ist insoweit dem Vorschlag der GPA Nordrhein-Westfalen gefolgt, eine Eigenkapitalentnahme aus dem Abwasserwerk in Höhe von 1 Millionen Euro vorzunehmen. Ich verweise hier auf die ausführliche Debatte, die im Rat vor der Beschlussfassung geführt worden ist. Diese nicht einfach zu treffende Entscheidung verbunden mit dem Willen, das von der Stadt im Abwasserwerk eingesetzte Eigenkapital zu verzinsen, hat zu einer weiter fortwirkenden Verbesserung des Haushaltsansatzes geführt. Die Art und Weise wie die Fraktionen diese Diskussion geführt hat, verdient Respekt. An dieser Stelle will ich aber ausdrücklich bekräftigen, dass die Haushaltskonsolidierung nicht nur in der Verbesserung der Einnahmen, sondern auch in der Kürzung der Ausgaben bestehen

wird. Dass wir hierzu bereit sind, haben wir aber bereits in der Vergangenheit bewiesen, wie eingangs dargestellt ist.

Bei der **Pro-Kopf-Verschuldung** bleibt Lüdinghausen weiter im unteren Drittel des Landesdurchschnitts.

In den Haushalt 2007 konnten auch dieses Mal **wünschenswerte Investitionsmaßnahmen** nicht aufgenommen werden. Diese Maßnahmen mussten in den Investitionsplanungszeitraum ab 2008 verschoben werden; einige Maßnahmen sogar auf den Zeitraum nach 2010. Dies ist aus heutiger Sicht sicherlich richtig. Allerdings möchte ich hier ein deutliches Wort zur **Mariengrundschole** sagen. Wir haben den Anbau der Schule in der Prioritätenliste immer wieder nach hinten verschoben. Dieser Prozess muss nunmehr ein Ende haben, dass heißt, die jetzigen zeitlichen Vorgaben müssen gehalten werden, um nicht einen erheblichen Vertrauensverlust bei den Bürgerinnen und Bürgern in Seppenrade zu verursachen.

Die **Kreisumlage** stellt mit 10.890.000,00 € die größte Ausgabenposition im städtischen Haushalt dar. Der Bürgermeister hat sich in seiner Einbringungsrede umfassend mit diesem Thema beschäftigt. Ich nehme hierauf Bezug. Aus meiner Sicht nur folgende Anmerkung: Die GPA untersucht, wie wir wissen, auch die Finanzverhältnisse des Kreises. Wir können nur hoffen und wünschen, dass sie in gleicher Weise auch dort Vorschläge zur Verbesserung der Einnahme-Ausgabe Relation zur Realisierung bringt.

Die für den Berechnungszeitraum für die **Schlüsselzuweisungen** zu berücksichtigenden niedrigen Gewerbesteuerereinnahmen und die positiven Entwicklungen im Bereich der Steuereinnahmen auf Bundes- und Landesebene führen zu erhöhten Schlüsselzuweisungen von rund 1,5 Mio. € gegenüber dem Jahr 2006. Diese erfreulichen Zuweisungen, auf die wir dringend angewiesen sind, werden sich jedoch aufgrund der gestiegenen Steuereinnahmen in der Zukunft wieder verringern, so dass die diesjährigen Leistungen uns nicht in falscher Sicherheit wiegen dürfen. Die gerade bekannt gewordenen günstigen Voraussagen hinsichtlich der Konjunktur bieten zurzeit keine sichere Basis für die Hoffnung, dass die Steuermehreinnahmen die fallenden Schlüsselzuweisung ausgleichen werden.

Die endgültigen Ausgleichsbeträge nach dem **Solidarbeitragsgesetz** für 2005 wurden nach den Ist-Ergebnissen festgesetzt und verrechnet. Für die Stadt bedeutet dies eine Belastung von rd. 410.000 Euro im Haushalt 2007. Im Jahre 2006 belief sich die Belastung lediglich auf 190.000 Euro.

Bei der **Schul- und Sportpauschale** sind unverändert geblieben. Die bereits beschriebenen Investitionen machen deutlich, dass die Stadt dringend auf sie angewiesen ist.

Das Budget des Jahres 2007 schließt den **Verwaltungshaushalt** mit einer Summe von rd. 38.300.000,00 € ab. Das sind gegenüber 2006 – nicht zuletzt durch die Veranschlagung des Fehlbetrag 2005 – 4.232.000 € mehr oder 12,42 %. Zum Ausgleich ist, wie bereits zuvor

erwähnt, eine Zuführung vom Vermögenshaushalt in Höhe von 3.149.000,00 € geplant.

Ohne den Fehlbetrag aus 2005 wäre der Haushalt 2007 mit nur einer sehr geringen Zuführung aus dem Vermögenshaushalt ausgekommen.

Die wesentlichen Veränderungen des Haushalts zum Vorjahr sind:

Einnahmen:

Gewerbesteuer plus 1.500.000 €

Anteil Einkommenssteuer plus 1.300.000 €

Gemeindeanteil Umsatzsteuer minus 94.000 €

Anteil Familienlastenausgleich plus 125.000 €

Schlüsselzuweisungen plus 1.540.000 €

Ausgaben:

Gewerbesteuerumlage plus 305.000 €

Zahlungsbeitrag Solidarbeitrag plus 220.000 €

Kreisumlage plus 1.370.000 €

Den **Gewerbesteueransatz** ist mit 5,7 Millionen Euro festgesetzt. Die Entwicklung der Gewerbesteuer, insbesondere in den Jahren 2004 und 2005 war beeinflusst durch Gewerbesteuerrückzahlungen und entsprechende

Anpassungen des laufenden Jahres. Mir scheint, dass bei Beachtung der konjunkturellen Lage in diesem Jahr die Annahme des Kämmerers eine realistische Prognose ist.

Die **Personalkosten** des Jahres 2007 liegen nach dem Ausgabeansatz des Sammelnachweises 0 um 0,73 % unter dem Ansatz des Jahres 2006 und konnten zum zweiten Male hintereinander erneut gesenkt werden, obwohl die Beihilfeansätze aufgrund mehrerer Schwererkrankungen deutlich angehoben werden mussten. Damit setzt sich die Personalkostenreduzierung weiter fort.

Erreicht wird dies nur durch eine zurückhaltende Stellenbewirtschaftung. Dies gilt auch im Hinblick auf die weitere Ausgliederung des Reinigungsdienstes.

Bei der **Unterhaltung im Hochbau und auch im Tiefbau** hat der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede festgestellt, dass die berechtigten Anforderungen der Fachbereiche aufgrund der zur Verfügung gestellten Mittel wiederum nicht in vollem Umfang erfüllt werden konnten. Mittelfristig werde es notwendig sein, für die Werterhaltung des städtischen Vermögens wieder mehr Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Mancherorts seien die Folgen der Geldknappheit nicht zu übersehen. In diesem Zusammenhang hat die CDU-Fraktion den Beschluss herbeigeführt, den Ansatz für die **Wirtschaftswege** bei 90.000 € wie im Vorjahr zu belassen.

Der **Vermögenshaushalt 2007** schließt in Einnahmen und Ausgaben mit jetzt korrigiert 11.123.000,00 €, der höchsten Summe, die jemals

in einem Haushaltsplan der Stadt festgesetzt wurde. Die Summe, die für neue Investitionen zur Verfügung steht, beträgt lediglich rd. 6.500.000 €.

Den Grundverkaufserlösen kommt somit eine besondere Bedeutung zu. Die neuen Bebauungsplangebiete Paterkamp Süd-Ost und Kastanienallee-West bieten gute Voraussetzungen, Grundverkaufserlöse in größtmöglicher Höhe zu erzielen.

Eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (Überschuss aus 2006) und der Verkauf der restlichen RWE-Aktien (1.500 Stück) sollen ebenfalls zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes beitragen.

Bezüglich der größeren Maßnahmen, die in 2007 finanziert bzw. teilfinanziert werden, verweise ich auf den Haushalt. Die größten Investitionen sind: (Fettdruck)

- Endausbau Glatzer Straße 60.000,00 €
- Ausbau der Hermann-Stehr-Straße 100.000,00 €
- Ausbau Telgengarten 325.000,00 €
- Neubau Stichstraße Dülmener Straße 163.000,00 €
- Fahrbahnerneuerung Finken- und Drosselweg 136.000,00 €
- Sanierung Straße Alter Berg 75.000,00 €
- Fuß- und Radweg Janackerstiege 130.000,00 €
- Fuß- und Radweg Stichstraße Valve 47.000,00 €
- Endausbau Teilstück Geschwister-Scholl-Straße 75.000,00 €
- **Erschließung Baugebiet Kastanienallee-West 355.000,00 €**

- Endausbau Baugebiet Paterkamp Süd-West 225.000,00 €
 - Endausbau Baugebiet Kranichholz 480.000,00 €
 - Baukosten Janackerstiege 310.000,00 €
 - Endausbau Friedrich-Krupp-Straße 250.000,00 €
 - Endausbau Raiffeisenstr. u. Schulze-Delitzsch-Str. 238.000,00 €
 - Erweiterung der Straßenbeleuchtung 90.000,00 €
 - Umbau / Erweiterung Feuerwache Lüdinghausen 124.000,00 €
 - **Umbau/Sanierung alte Ostwallschule für Offene Ganztagsgrundschule 600.000,00 €**
 - Erneuerung Verglasung Turnhalle Marienschule 60.000,00 €
 - Fenstererneuerung Gemeinschaftshauptschule 48.000,00 €
 - Fenstersanierung Realschule 100.000,00 €
 - Sanierung Sporthalle 120.000,00 €
 - **Erwerb Südflügel Klostergebäude 220.000,00 €**
 - **Umbaukosten Nordflügel 250.000,00 €**
 - Umbaukosten Canisianum 45.000,00 €
 - Abbruch Parkschule 35.000,00 €
 - Heizungserneuerung Musikschule 35.000,00 €
 - **Neubau Umkleidegebäude Sportanlage Seppenr. 525.000,00 €**
 - Ersatzbeschaffungen (Fahrzeuge) für den Bauhof 88.000,00 €
- Soviel zum Vermögenshaushalt 2007.

Abschließend möchte ich bemerken, dass die Erleichterung über die diesjährige Haushaltssituation nach der schweren Krise mit dem Höhepunkt 2005 verständlich ist. Allerdings sind wir noch nicht am Ziel. Es ist jedoch bewiesen, dass wir die Kraft und den Willen haben, uns den finanziellen Herausforderungen zu stellen. Mit diesem Ergebnis

hinsichtlich des Etatentwurfs, aber auch der Einstellung zum Handeln ist die CDU-Fraktion ausdrücklich und einmütig einverstanden.

Wir tragen diesen Haushalt und die dazu ergehenden Begleitbeschlüsse mit. Wir danken Bürgermeister und Kämmerer für die geleistete Arbeit.